

WAIBLINGER KREISZEITUNG

www.zvw.de

Geschenke, Tickets, Bücher und mehr.



ZVW SHOP

ZVW Zeitungsverlag Waiblingen E 7013 Donnerstag, 15. Dezember 2022 184. Jahrgang Nr. 290 2,50 Euro

Heute mit 28 Seiten Beilage



Schnee-Idylle und Schnee-Chaos im Kreis



Der erste Schnee dieses Winters hat viele Orte im Rems-Murr-Kreis verzaubert und bezuckert, hier etwa den Waiblinger Weihnachtsmarkt

(Foto: Palmizi). Zur Wahrheit dieses Mittwochs gehörte allerdings auch: Auf glatten Straßen kam es zu einer Fülle von Blechschäden. Einen

Überblick zu Schnee-Idylle wie Schnee-Chaos mit vielen Bildern und dazu Rodel-Tipps finden Sie auf der

Seite C 1

Gericht nimmt Twitter in die Pflicht

Der Kurznachrichtendienst muss Antisemitismusbeauftragten Blume wirksam vor Verleumdung schützen.

FRANKFURT/STUTTGART. Der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Michael Blume hat nach der Entscheidung des Landgerichts Frankfurt zur Löschung falscher oder ehrverletzender Tweets auf Twitter von einem „bewegenden Tag“ gesprochen. Die Geschäftsführerin der Menschenrechtsorganisation von Hate Aid, Anna-Lena von Hodenberg, sah in Stuttgart einen „guten Tag für die Demokratie“.

„Die Entscheidung zeigt, dass Internet ist kein rechtsfreier Raum“, sagte die Vorsitzende der Richterin Ina Frost. In dem Eilverfahren hatten Blume und die unterstützende Organisation Hate Aid Twitter vorgeworfen, für die Verbreitung von Verleumdungen mitverantwortlich zu sein. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *KNA/red*

Rems-Murr

Ex-Wirt soll den Bundespräsidenten verunglimpfen haben

Vor der Corona-Krise war er bekannt als der Wirt vom Leinecksee – diese Rolle aber gab Stefan Schmidt auf und wurde zum Dauerdemonstranten gegen die Pandemie-Regeln. Jetzt steht er unter Verdacht, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verunglimpfen zu haben – die Worte „Kriegstreiber“, „Spalter“ und „Hetzer“ sollen gefallen sein ...

Seite C 2



Stefan Schmidt.

Foto: Büttner

Wir sind für Sie da

Aboservice 07151 566-444
aboservice@zvw.de

Anzeigen 07151 566-411
anzeigen@zvw.de

Redaktion 07151 566-576
waiblingen@zvw.de

Lokal 07151 566-275
kreis@zvw.de

Kreis 07151 566-275

Sport 07151 566-262
sport@zvw.de

Börse

Dax Euro-Stoxx 50 Euro

14460,20 Pkt. 3975,26 Pkt. 1,0649 Dollar
-37,69 Pkt. -11,57 Pkt. +1,04 Cent

Wetter

Mittags 0° | Nachts -2°
Es bleibt stark bewölkt mit gebietsweisem Schneefall



4 194 202202501

Viele im Land gehen skeptisch ins neue Jahr

BaWü-Check Eine neue Umfrage der Südwestverlage zeigt, dass die Stimmung gedämpft ist. Das Flüchtlingsproblem steht dabei aber nicht im Mittelpunkt.

VON KAI HOLOCH

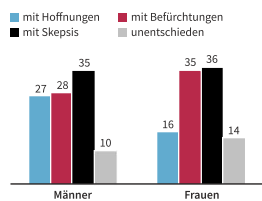
STUTTGART. Die hohe Inflationsrate, der Krieg in der Ukraine und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung im Land dämpfen kurz vor Weihnachten die Stimmung der Bürger im Land. Das zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat.

Zwar haben sich laut BaWü-Check viele ein wenig an die Krisensituation gewöhnt. So ist die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die ausgeprägte Befürchtungen für die Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten haben, von 38 auf 32 Prozent gesunken. Das führt aber nicht zu einem Anstieg bei der Zahl derjenigen, die mit Hoffnungen ins kommende Jahr gehen. Nach wie vor verharrt dieser Wert bei 21 Prozent.

Besonders geringe Hoffnungen haben Frauen (16 Prozent) und mit 18 Prozent Menschen, die älter als 60 Jahre sind. Immerhin sind 27 Prozent der Männer und 29 Prozent der unter 30-jährigen optimistisch ge-

Stimmung im Südwesten

Wie sehen Sie den kommenden zwölf Monaten entgegen?
Angaben in Prozent, gerundet



stimmt. Derweil ist die Schar der Skeptiker deutlich größer geworden: Zählten die Meinungsforscher im August noch 29 Prozent der Baden-Württemberger zu dieser Gruppe, so sind es nun bereits 35 Prozent. Allerdings gibt es ein weitverbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur 27 Prozent stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, 49 Prozent sehen die Arbeit von Grün-Schwarz in diesem Bereich kritisch.

Laut BaWü-Check gibt es nach wie vor großes Verständnis für die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine – die Bereitschaft, Flüchtlinge aus dem Krisengebiet aufzunehmen, nimmt rund zehn Monate nach Kriegsbeginn zwar langsam ab, ist aber immer noch beachtlich. Selbst die Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen stößt auf vergleichsweise breites Verständnis. Dennoch scheint das Interesse in der Bevölkerung an dem Thema begrenzt zu sein. So vermögen 25 Prozent der Befragten nicht zu sagen, ob in jüngerer Zeit in ihrer Region viele Flüchtlinge untergebracht wurden.

Kommentar

Kommentar

Flüchtlingskrise fordert die Politik

Der BaWü-Check zeigt, dass die Bürger Geflüchteten helfen wollen, aber mit der Politik unzufrieden sind.

VON KAI HOLOCH

Der von den baden-württembergischen Tageszeitungen in Auftrag gegebene BaWü-Check ist ein wichtiges Barometer für die Stimmungslage im Land. Beim aktuellen Check fallen gleich zwei Dinge ins Auge: Zum einen ist es die immer noch vorhandene große Bereitschaft, ukrainische Flüchtlinge im Land aufzunehmen und diese bei ihren Integrationsbemühungen zu unterstützen. Dass viele Bürger dabei sogar in Kauf nehmen, dass Turnhallen für die Erstaufnahme umgewidmet werden, macht deutlich, wie sehr sich die aktuelle Flüchtlingswelle von der im Jahr 2015 unterscheidet.

Zum anderen gibt es eine bemerkenswerte Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik der grün-schwarzen Landesregierung. Dass 49 Prozent der Befragten mit dem Vorgehen unzufrieden sind – und nur 27 Prozent diese gutheißen –, lässt sich zwar nicht allein den politischen Entscheidungen der Regierung zuschreiben: Für Regelungen, um einen Pull-Effekt zu vermeiden, oder für die nach Meinung vieler Bürger zu laxen Grenzkontrollen ist der Bund zuständig.

Soll die Stimmung nicht kippen, muss das Land aber schnell die Hausaufgaben machen: Zwar führt wohl kein Weg daran vorbei, die Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen noch einmal zu verlängern. Dazu angetan, das Vertrauen der Bürger in Aussagen der Landesregierung zu stärken, ist diese Maßnahme gewiss nicht. Solche Fehler dürfen sich nicht wiederholen.

Spielwarenläden immer stärker unter Druck

Die Fachgeschäfte verlieren massiv Umsatz an Drogerie- und Verbrauchermärkte sowie Discounter.

Wer Staatshilfe kassiert, muss Boni einschränken

Unternehmen, die in hohem Maße Unterstützung aus den Energiepreisbremsen erhalten, dürfen keine Dividenden zahlen.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTGART. Die Wirtschaft hadert immer mehr mit der staatlichen Entlastung von den hohen Energiekosten. „Die Gaskommission wollte ein einfaches Zielparadigma, das den Unternehmen Planungssicherheit gibt“, betont ein Sprecher der Unternehmer Baden-Württemberg (UBW). „Jetzt haben wir in den Gesetzentwürfen ein sehr komplexes Ratschattsystem mit vielen Kriterien, in die sich die Unternehmen unterschiedlich einordnen. Wir brauchen dringend umfassendere, passgenauere und unbürokratischere Strom- und Gaspreisbremsen.“

Neuester Aufreger ist eine Regelung der Ampelregierung, die eine Auszahlung von Boni und Dividenden an die Unternehmensführung verhindern soll, wenn diese Staats-hilfen aus der Gas- und Energiepreisbremse in Höhe von mindestens 50 Millionen Euro in

Anspruch nimmt. Bei einer Unterstützung zwischen 25 und 50 Millionen Euro dürfen bestimmte Boni-Zahlungen im kommenden Jahr nicht angehoben werden. Die Dividenden bleiben bis noch unberührt. Aus Sicht des Verbandes der chemischen Industrie geht diese Regelung „meilenweit an den Realitäten in den Unternehmen vorbei“.

Derweil hinterlässt das kalte Winterwetter Spuren an den Beständen der staatlichen Gaspächser: Allein am Montag ist ein ganzer Prozentpunkt daraus entnommen worden. Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ruft nachdrücklich zum Energiesparen auf. „Trotz der Kälte meine Bitte: Gehen Sie achtsam mit dem Gasverbrauch um“, sagte er an die Adresse von Privathaushalten und Unternehmen. Von einer Mangellage sei Deutschland dennoch „sehr, sehr weit entfernt“. Nach Angaben vom Mittwoch betrug der Füllstand zuletzt 92,45 Prozent.

Frankreich entzaubert Marokko

AL-CHAUR. Frankreichs Weltmeister haben das traumhafte WM-Märchen Marokkos jäh beendet und greifen schon wieder nach dem goldenen Pokal. Die Equipe Tricolore setzte sich am Mittwoch gegen den ersten afrikanischen Halbfinalisten überhaupt etwas glücklich mit 2:0 (1:0) durch und trifft am Sonntag im großen Endspiel auf Lionel Messi's Argentinien. Den Marokkanern bleibt der Stolz, bei der WM in Katar jetzt schon Historisches geleistet zu haben. Am Samstag können die Nordafrikaner gegen Kroatien noch Platz drei erreichen. In der Heimat fieberten und zitterten Millionen Menschen mit – mindestens die Verlängerung wäre vor 68 294 Zuschauern im Al-Bait Stadion verdient gewesen. *dpa*